

# **BVGer D-6284/2013 vom 20. Februar 2014**

Bundesverwaltungsgericht, 2014-02-20, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger\\_D-6284\\_2013](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_D-6284_2013)

FR: TAF D-6284/2013 du 20 février 2014

IT: TAF D-6284/2013 del 20 febbraio 2014

## **Regeste**

Wegweisung und Wegweisungsvollzug (Beschwerde gegen Wiedererwägungsentscheid)

## **Erwägungen**

### **E. 1.1**

Gemäss Art. 31 des Verwaltungsgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 (VGG, SR 173.32) beurteilt das Bundesverwaltungsgericht Beschwerden gegen Verfügungen nach Art. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968 (VwVG, SR 172.021). Das BFM gehört zu den Behörden nach Art. 33 VGG und ist daher eine Vorinstanz des Bundesverwaltungsgerichts. Eine das Sachgebiet betreffende Ausnahme im Sinne von Art. 32 VGG liegt nicht vor. Das Bundesverwaltungsgericht ist daher zuständig für die Beurteilung der vorliegenden Beschwerde und entscheidet auf dem Gebiet des Asyls endgültig, ausser bei Vorliegen eines Auslieferungsersuchens des Staates, vor welchem die beschwerdeführende Person Schutz sucht (Art. 105 AsylG; Art. 83 Bst. d Ziff. 1 des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 [BGG, SR 173.110]). Eine solche Ausnahme im Sinne von Art. 83 Bst. d Ziff. 1 BGG liegt nicht vor, weshalb das Bundesverwaltungsgericht endgültig entscheidet.

### **E. 1.2**

Die Beschwerde ist frist- und formgerecht eingereicht. Der Beschwerdeführer hat am Verfahren vor der Vorinstanz teilgenommen, ist durch die angefochtene Verfügung besonders berührt und hat ein schutzwürdiges Interesse an deren Aufhebung beziehungsweise Änderung. Er ist daher zur Einreichung der Beschwerde legitimiert (Art. 105 und Art. 108 Abs. 1 AsylG, Art. 48 Abs. 1 sowie Art. 52 VwVG). Auf die Beschwerde ist einzutreten.

### **E. 1.3**

Bei Wiedererwägungsgesuchen gilt für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 14. Dezember 2012 des AsylG - mithin am 1. Februar 2014 - hängigen Verfahren bisheriges Recht in der Fassung vom 1. Januar 2008 (vgl. Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 14. Dezember 2012 Abs. 2).

### **E. 1.4**

Mit Beschwerde kann die Verletzung von Bundesrecht, die unrichtige oder unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts und die Unangemessenheit gerügt werden (Art. 106 alt Abs. 1 AsylG).

### **E. 1.5**

Die Abteilungen des Bundesverwaltungsgerichts entscheiden in der Regel in der Besetzung mit drei Richtern oder Richterinnen (vgl. Art. 21 Abs. 1 VGG). Das Bundesverwaltungsgericht kann auch in solchen Fällen auf die Durchführung des Schriftenwechsels verzichten (Art. 111a Abs. 1 AsylG).

2.1 Die Wiedererwägung im Verwaltungsverfahren ist ein gesetzlich nicht geregelter Rechtsbehelf, auf dessen Behandlung durch die verfügende Behörde grundsätzlich kein Anspruch besteht. Gemäss herrschender Lehre und ständiger Praxis des Bundesgerichts wird jedoch aus Art. 29 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV, SR 101) unter bestimmten Voraussetzungen ein verfassungsmässiger Anspruch auf Wiedererwägung abgeleitet (vgl. BGE 127 I 133 E. 6 mit weiteren Hinweisen). Danach ist auf ein Wiedererwägungsgesuch einzutreten, wenn sich der rechtserhebliche Sachverhalt seit dem ursprünglichen Entscheid beziehungsweise seit dem Urteil der mit Beschwerde angerufenen Rechtsmittelinstanz in wesentlicher Weise verändert hat und mithin die ursprüngliche (fehlerfreie) Verfügung an nachträglich eingetretene Veränderungen der Sachlage anzupassen ist. Eine Wiedererwägung fällt hingegen dann nicht in Betracht, wenn lediglich eine neue Würdigung der beim früheren Entscheid bereits bekannten Tatsachen herbeigeführt werden soll oder Gründe angeführt werden, die bereits in einem ordentlichen Beschwerdeverfahren gegen die frühere Verfügung hätten geltend gemacht werden können (vgl. BGE 136 II 177 E. 2.1 m.w.H.). Sodann können auch Revisionsgründe einen Anspruch auf Wiedererwägung begründen, sofern sie sich auf eine in materielle Rechtskraft erwachsene Verfügung beziehen, die entweder unangefochten geblieben oder deren Beschwerdeverfahren mit einem formellen Prozessurteil abgeschlossen worden ist. Ein solchermassen als qualifiziertes Wiedererwägungsgesuch zu bezeichnendes Rechtsmittel ist grundsätzlich nach den Regeln des Revisionsverfahrens zu behandeln (vgl. BVGE 2010/27 E. 2.1 S. 367 f.).

2.2 Da die Vorinstanz den Anspruch des Beschwerdeführers auf Behandlung seines Wiedererwägungsgesuchs nicht in Abrede stellte und darauf eintrat, hat das Bundesverwaltungsgericht zu prüfen, ob das BFM das Gesuch zu Recht abwies.

### **E. 3.1**

Die Vorinstanz führte zur Begründung des ablehnenden Wiedererwägungsentscheides im Wesentlichen an, der Beschwerdeführer begründe die Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs mit der Möglichkeit, infolge psychischer Probleme (beispielsweise "Flash Backs") ein auffälliges Verhalten zu zeigen. Sollte sich ein solches Verhalten bei der Rückkehr - oder auch später - ereignen, könne dies die Aufmerksamkeit der Behörden erregen und er könnte dadurch einer unmenschlichen Behandlung im Sinne von Art. 3 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK, SR 0.101) ausgesetzt werden. Da der Beschwerdeführer die Flüchtlingseigenschaft nicht erfülle, könne auch der Grundsatz der Nichtrückweisung gemäss Art. 5 Abs. 1 AsylG nicht angewendet werden. Es ergäben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass ihm im Falle einer Rückkehr in den Heimatstaat mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine durch Art. 3 EMRK verbotene Strafe oder Behandlung drohe. Zwar könne unter ganz aussergewöhnlichen Umständen die Ausweisung einer Person eine Verletzung von Art. 3 EMRK darstellen; die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) festgelegte Hürde für die Annahme der Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs sei hoch angesetzt. Die Annahme, der Beschwerdeführer könnte im Falle eines psychisch auffälligen Verhaltens einer unmenschlichen Behandlung ausgesetzt werden, sei als übersteigerte Befürchtung zu beurteilen, die in dieser Art nicht nachvollziehbar sei und für die auch keine konkreten Anhaltspunkte angeführt würden. Dem BFM sei darüber hinaus auch sonst nicht

bekannt, dass die türkischen Behörden gegen psychisch angeschlagene Personen, die eventuell Verhaltensauffälligkeiten zeigten, in der erwähnten befürchteten aussergewöhnlichen Härte (Kontrollen, Verhaftungen, Misshandlungen) vorgehen und damit eine der EMRK zuwiderlaufende Behandlung anwenden würden. Der Wegweisungsvollzug sei daher nicht als unzulässig zu beurteilen. Ergänzend sei anzuführen, dass es durch eine sorgfältige Vorbereitung der Rückkehr nicht zur befürchteten Dekompensation kommen müsse. Durch Anmeldung des Beschwerdeführers bei den türkischen Behörden würden diese bei allfällig auftretenden Schwierigkeiten nicht überrascht und könnten entsprechend verständnisvoll reagieren. Im späteren Verlauf seines Aufenthaltes in der Heimat könne der Beschwerdeführer zudem - analog zu der in der Schweiz praktizierten Weise - ein Arzteugnis auf sich tragen, welches beispielsweise bei Auftreten eines "Flash Backs" dieses erkläre. Dies bedeute aber noch immer nicht, dass ihm im Falle des Nichttragens einer ärztlichen Bescheinigung eine der EMRK zuwiderlaufende Behandlung drohe. Für die Annahme der Unzumutbarkeit eines Wegweisungsvollzugs sei nach ständiger Rechtsprechung Voraussetzung, dass eine notwendige medizinische Behandlung im Heimatland nicht zur Verfügung stehe und sich daraus eine konkrete Gefährdung für die betroffene Person ergebe. Dabei müsse eine allgemeine und dringliche medizinische Behandlung, welche zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Existenz absolut notwendig sei, verfügbar sein. Demgegenüber liege noch keine Unzumutbarkeit vor, wenn im Heimatstaat eine dem schweizerischen Standard nicht entsprechende medizinische Behandlung zur Verfügung stehe. Vorliegend bestehe jedoch auch im Heimatland des Beschwerdeführers eine adäquate Behandlung, stünden doch dort medizinische Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Störungen in ausreichendem Masse zur Verfügung. In den (Nennung Beweismittel) würden die Symptome international anerkannten Klassifikationssystemen zugeordnet, die auch in der Türkei gelten würden. Die Behandlungskonzepte für psychisch kranke oder selbstmordgefährdete Personen seien auf die erwähnten Klassifikationen abgestellt und würden den üblichen Standards entsprechen, auch wenn das allgemeine Niveau im Gesundheitswesen der Türkei nicht demjenigen von Westeuropa und der Schweiz entsprechen möge. Dies sei aber praxisgemäss kein Grund, die Behandlung notwendigerweise in der Schweiz durchführen zu lassen. Die weiteren eingereichten Arztberichte würden sich ebenfalls auf die (Nennung Diagnose) beziehen und vermöchten an der Beurteilung, wonach der Beschwerdeführer eine allfällige Behandlung auch im Heimatland vornehmen könne, nichts zu ändern. Es komme zudem vor, dass sich depressive Symptome bei abgewiesenen Asylbewerbern angesichts der Rückkehr äusserten. Dieser Umstand stelle jedoch in aller Regel kein Vollzugshindernis dar, sei es doch möglich und zumutbar, ein psychisches Leiden im Heimatland anzugehen. Zudem könne es nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprechen, alle Ausländer in der Schweiz vorläufig aufzunehmen, welche sich auf eine tatsächliche oder vermeintliche Suizidgefahr berufen würden. Andernfalls hätten es von einem Wegweisungsentscheid betroffene Ausländer jederzeit in der Hand, sich dadurch ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz zu sichern. Sodann könne suizidalen Gedanken beim Vollzug der Wegweisung zuverlässig mit entsprechenden Medikamenten beigegeben werden, womit auch die Reisefähigkeit erstellt werden könne. Unter diesen Umständen sei die Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs zu bejahen.

### **E. 3.2**

Demgegenüber rügte der Beschwerdeführer in seiner Rechtsmitteleingabe zunächst verschiedene Verletzungen des formellen Rechts durch die Vorinstanz, welche die Aufhebung der vorinstanzlichen Verfügung und die Rückweisung der Sache an das BFM rechtfertigten. So habe das BFM den Anspruch auf rechtliches Gehör (Anspruch auf Akteneinsicht inklusive der Begründungspflicht) und die Pflicht zur vollständigen und richtigen Abklärung des rechtserheblichen Sachverhalts verletzt. Weitere Bestimmungen, so insbesondere Art. 3 EMRK, Art. 83 Abs. 3 und 4 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG, SR 142.20), das in Art. 9 BV festgehaltene Willkürverbot sowie Art. 12 und 19 VwVG in Verbindung mit Art. 60 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 4. Dezember 1947 über den Bundeszivilprozess (BZP, SR 273) seien ebenfalls verletzt worden. Die Vorinstanz habe im angefochtenen Entscheid behauptet, es sei ihr nicht bekannt, dass die türkischen Behörden gegen psychisch angeschlagene Personen, die eventuell Verhaltensauffälligkeiten zeigten, in der erwähnten befürchteten aussergewöhnlichen Härte (Kontrollen, Verhaftungen, Misshandlungen) vorgehen und damit eine der EMRK zuwiderlaufende Behandlung anwenden würden. Entweder handle es sich dabei um eine unbegründete Parteibehauptung oder das BFM habe Länderherkunftsinformationen beigezogen, welche in einem solchen Fall offenzulegen seien. Falls keine Einsicht gewährt werde, sei das rechtliche Gehör dazu zu gewähren. Im Übrigen stelle die erwähnte Verweigerung der Einsicht in die Länderherkunftsinformationen gleichzeitig eine Verletzung des rechtlichen Gehörs dar. Weiter habe das BFM die eingereichten (Nennung Beweismittel) weder konkret erwähnt noch vollständig gewürdigt, obwohl es im Besitz derselben gewesen und ausdrücklich auf diese verwiesen worden sei. Zudem hätte es zwingend die Eingabe vom 19. August 2013 und die entsprechenden (Nennung Beweismittel) berücksichtigen müssen. Dabei handle es sich um eine schwerwiegende Verletzung der Begründungspflicht. Weiter sei insbesondere aus dem (Nennung Beweismittel) ersichtlich, dass eine Wegweisung sein Leben in höchstem Masse gefährde und ein hohes Risiko von Suizidhandlungen vorliege. Es sei offensichtlich, dass im Falle der Ausschaffung in die Türkei im Rahmen der dortigen Kontrolle und Verhaftung am Flughafen sowie in Anbetracht der drohenden Suizidhandlungen eine unmenschliche Behandlung im Sinne von Art. 3 EMRK drohe. Die Vorinstanz habe sich in einer das rechtliche Gehör verletzenden Weise mit dieser Argumentation nicht auseinandergesetzt. Aufgrund der ärztlichen Feststellungen falle eine Behandlung seiner Person in der Türkei weg, da er nur in einem Umfeld behandelt werden könne, welches ihm Sicherheit verspreche. Das BFM verletze dadurch die Begründungspflicht, indem es nicht ausführe, warum eine Behandlung in seiner Heimat trotzdem möglich sein solle. Weiter habe die Vorinstanz seine Gesamtsituation nicht gewürdigt, da es seine medizinischen Probleme in einen Zusammenhang mit den übrigen Elementen der Unzumutbarkeit (Landesabwesenheit, fehlendes Beziehungsnetz) hätte stellen müssen. Dies habe es jedoch unterlassen. Diese schwerwiegenden Verletzungen des rechtlichen Gehörs - die angesichts ihrer Schwere nicht geheilt werden könnten - stellten gleichzeitig erhebliche Verletzungen der Pflicht zur vollständigen und richtigen Abklärung des rechtserheblichen Sachverhalts dar. Falls sich keine Länderinformationen in den Akten befinden sollten, müssten zwingend weitere solche Abklärungen vorgenommen werden. Sodann sei unbestritten, dass es bei seiner letzten Einreise in die Türkei zu einer Verhaftung gekommen sei. Falls das BFM tatsächlich behaupten sollte, dass es nicht zu einer entsprechenden Verhaftung kommen könnte, müssten diesbezüglich ebenfalls weitere Abklärungen - insbesondere über die Botschaft - getätigt werden. Weiter behaupte das

BFM, durch eine sorgfältige Vorbereitung der Rückkehr müsse es nicht zur befürchteten Dekompensation kommen. Abgesehen vom Umstand, dass diese Behauptung gestützt auf den Arztbericht als falsch und willkürlich betrachtet werden müsse, hätte das BFM zwingend abklären müssen, ob und wie die türkischen Einwanderungsbehörden am Flughafen auf den Fall eines Suizidversuchs einer einreisenden Person infolge Dekompensation eingerichtet wären. Zusammenfassend habe das BFM die Pflicht zur vollständigen und richtigen Abklärung des rechtserheblichen Sachverhalts schwerwiegend verletzt und die angefochtene Verfügung sei auch aus diesem Grund aufzuheben. Falls die angefochtene Verfügung nicht aufgehoben und die Sache nicht dem BFM zur Neubeurteilung zurückgewiesen werden sollte, sei bezüglich der Verletzung des Willkürverbots festzuhalten, dass die dementsprechenden Ausführungen der Vorinstanz betreffend die Suizidgefahr als willkürlich zu erachten seien. So liege die Suizidgefahr in seiner Krankheit begründet und eine Ausschaffung könne eine Realisation dieser Gefahr herbeiführen. Er wolle sich aufgrund seiner Suizidgefahr auch nicht ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz sichern. In den eingereichten Arztberichten werde sein Schicksal vielmehr dahingehend konkretisiert, dass eine Ausschaffung sein Leben in höchstem Masse gefährde. Es sei eine böswillige Unterstellung des BFM, dass sich sonst jeder Ausländer durch das Geltendmachen von Suizidgedanken ein Aufenthaltsrecht sichern könne. Ebenso willkürlich sei das Argument des BFM betreffend den Willen des Gesetzgebers, zumal es durch die Ratifizierung der EMRK auch dem Willen des Gesetzgebers entspreche, Art. 3 EMRK einzuhalten. Die darin enthaltenen Grundsätze seien auch in der Bundesverfassung enthalten. Sodann sei die Formulierung der Vorinstanz "vermeintliche Suizidgefahr" ohnehin willkürlich, zumal diverse Arztberichte bestehen würden, die von einer tatsächlichen Suizidgefahr ausgehen würden. Mit dem Umstand, dass internationale Standards bei der Bestimmung von Krankheiten in der Türkei eingeführt worden seien und angewendet würden, könne überhaupt nichts zur Qualität der danach nötigen Behandlung gesagt werden. Auch der behandelnde Arzt halte in seinem Bericht vom (...) fest, dass die Behandlung in der Türkei ungenügend sei. Ferner widerspreche das BFM den Arztberichten der Fachleute, wenn es behaupte, er sei mit Medikamenten reisefähig. Die angeführte Behauptung sei daher aktenwidrig und schlicht willkürlich. Da sich das BFM überdies in der angefochtenen Verfügung in pauschaler und willkürlicher Weise über die Aussagen eines Sachverständigen hinweggesetzt habe, verletze es Art. 60 Abs. 2 BZP in Verbindung mit Art. 12 und 19 VwVG. Falls die angefochtene Verfügung nicht aufgehoben werde und das BFM keinen anderen Sachverständigen beiziehen sollte, habe das Bundesverwaltungsgericht von Amtes wegen einen anderen Sachverständigen beizuziehen. Falls die angefochtene Verfügung nicht aufgehoben und die Sache nicht dem BFM zur Neubeurteilung zurückgewiesen werden sollte, wäre die Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs festzustellen. Unbestritten sei seine Festnahme anlässlich seiner letzten Einreise in die Türkei im Jahre (...). Aufgrund seiner schwerwiegenden psychischen Probleme sei eine starke Reaktion und Dekompensation im Falle einer zwangsweisen Rückschaffung zu erwarten beziehungsweise die diesbezüglichen Voraussetzungen seien bewiesen. Da beim Vollzug der Wegweisung in die Türkei mit einer - mindestens vorübergehenden - Festnahme gerechnet werden müsse, stelle die Argumentation betreffend die Unzulässigkeit des Wegweisungsvollzugs nicht eine übersteigerte Befürchtung dar, sondern es bestünden konkrete Anhaltspunkte für die Gefahr einer unmenschlichen Behandlung. Ferner sei die durch die Erkrankung geprägte Suizidalität nicht kontrollierbar und würde durch die Ausschaffung in seine Heimat erneut ausgelöst.

Sodann wäre es ihm aufgrund der spezifischen Erscheinungsbilder und Ursachen seiner Erkrankung unmöglich, in der Türkei eine angemessene medizinische Behandlung zu finden, da auch die Gefahr einer weiteren Misshandlung bestehe. Aus den Arztberichten gehe hervor, dass der Vollzug der Wegweisung als unzumutbar zu qualifizieren wäre für den Fall, dass nicht die Unzulässigkeit desselben festgestellt würde. Eventualiter wäre die Unzumutbarkeit im Rahmen der Gesamtwürdigung sämtlicher Elemente (er habe sich innerhalb der letzten (...) Jahre nur während insgesamt (...) Jahren in der Türkei aufgehalten; fehlendes Beziehungsnetz; fehlende berufliche Integrationsmöglichkeiten; schwerwiegende psychische Erkrankung) festzustellen.

4.1 Der Beschwerdeführer bringt in seiner Rechtsmitteleingabe unter anderem verschiedene Verletzungen formellen Rechts vor. Konkret habe die Vorinstanz das rechtliche Gehör (Anspruch auf Akteneinsicht inklusive der Begründungspflicht) sowie die Pflicht zur vollständigen und richtigen Abklärung des rechtserheblichen Sachverhalts verletzt.

4.1.1 Der Untersuchungsgrundsatz gehört zu den allgemeinen Grundsätzen des Asylverfahrens (vgl. Art. 12 VwVG i.V.m. Art. 6 AsylG). Demnach hat die Behörde von Amtes wegen für die richtige und vollständige Abklärung des rechtserheblichen Sachverhaltes zu sorgen. Sie muss die für das Verfahren notwendigen Sachverhaltsunterlagen beschaffen und die rechtlich relevanten Umstände abklären sowie ordnungsgemäss darüber Beweis führen (beispielsweise durch die Einholung eines Gutachtens). Dieser Grundsatz gilt indes nicht uneingeschränkt, er findet sein Korrelat in der Mitwirkungspflicht des Asylsuchenden (vgl. Art. 13 VwVG und Art. 8 AsylG). Trotz des Untersuchungsgrundsatzes kann sich nämlich die entscheidende Behörde in der Regel darauf beschränken, die Vorbringen eines Gesuchstellers zu würdigen und die von ihm angebotenen Beweise abzunehmen, ohne weitere Abklärungen vornehmen zu müssen. Eine ergänzende Untersuchung kann sich jedoch aufdrängen, wenn aufgrund dieser Vorbringen und Beweismittel berechtigte Zweifel oder Unsicherheiten bestehen, die voraussichtlich nur mit Ermittlungen von Amtes wegen beseitigt werden können (vgl. BVGE 2012/21 E. 5.1 S. 414 f.; Entscheidungen und Mitteilungen der Schweizerischen Asylrekurskommission [EMARK] 1995 Nr. 23 E. 5a S. 222). Vorliegend ging die Vorinstanz aufgrund der Parteiauskünfte und der vom Beschwerdeführer eingereichten Beweismittel (Art. 12 Bst. c VwVG) offensichtlich davon aus, dass der rechtserhebliche Sachverhalt als erstellt gelten könne und keine weiteren Beweismassnahmen zu ergreifen seien. So gilt ein Sachverhalt erst dann als unvollständig festgestellt, wenn in der Begründung des Entscheides ein rechtswesentlicher Sachumstand übergangen beziehungsweise überhaupt nicht beachtet wird (vgl. Fritz Gygi, Bundesverwaltungsrechtspflege, 2. Aufl., Bern 1983, S. 286). Die Vorinstanz gelangte nach einer gesamtheitlichen Würdigung der aktenkundigen Parteivorbringen und der Beweismittel zu einem anderen Schluss als der Beschwerdeführer, was jedenfalls weder eine Verletzung des Untersuchungsgrundsatzes noch eine unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhaltes darstellt. Zudem beruht der vorinstanzliche Entscheid auf einer laufenden Überprüfung und Einschätzung der aktuellen Situation in der Türkei, also auch hinsichtlich der dort bestehenden medizinischen Strukturen und Behandlungsmöglichkeiten.

4.1.2 Der Beschwerdeführer rügt, die Vorinstanz habe die Einsicht in Länderherkunftsinformationen betreffend ihre Kenntnisse, wonach türkische Behörden nicht in der befürchteten harten Weise gegen psychisch kranke und verhaltensauffällige Personen vorgehen würden, verweigert. Das BFM habe die Quellen dieser Informationen offenzulegen. Dazu ist zu bemerken, dass sich die Vorinstanz in grundsätzlicher Hinsicht einerseits auf allgemeine und öffentlich zugängliche Quellen und andererseits auf fallspezifische Abklärungen, wie beispielsweise diejenigen der

schweizerischen Vertretung im betreffenden Staat, abstützt. Aus den Akten ist nicht ersichtlich, dass die Vorinstanz in casu in irgendeiner Weise fallspezifische Abklärungen getätigt hätte. Hinsichtlich der öffentlichen Quellen ist aber festzuhalten, dass diesbezüglich für die Vorinstanz keine Pflicht besteht, diese - auch für die Parteien zugänglichen - Quellen offenzulegen. Der Entscheid des Bundesamtes beruht hinsichtlich der Beurteilung der Asylvorbringen und der Durchführbarkeit eines Wegweisungsvollzugs auf einer laufenden Überprüfung der erwähnten öffentlichen Quellen und der Einschätzung der aktuellen Situation in der Heimat des Beschwerdeführers. Da die Vorinstanz dem Beschwerdeführer in ihrer Verfügung ihre Einschätzung hinsichtlich der Vorgehensweise der türkischen Behörden gegen psychisch angeschlagene Personen offenlegte, kann somit nicht von einer Verletzung des rechtlichen Gehörs gesprochen werden. 4.1.3 Weiter ist bezüglich der gerügten Verletzung der Abklärungs- und Begründungspflicht anzuführen, dass die Vorinstanz in Beachtung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs (Art. 29 Abs. 2 BV, Art. 29 VwVG, Art. 32 Abs. 1 VwVG) die Vorbringen des Beschwerdeführers tatsächlich hörte, sorgfältig und ernsthaft prüfte und in der Entscheidfindung berücksichtigte, was sich entsprechend in den betreffenden Erwägungen niederschlug. Insbesondere legte die Vorinstanz im angefochtenen Entscheid in schlüssiger Weise dar, aufgrund welcher Überlegungen die Zulässigkeit und die Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs zu bejahen seien, weshalb weitergehende Abklärungen als nicht nötig erachtet wurden. Sodann berücksichtigte die Vorinstanz auch die angeführte Suizidgefahr und wies dabei im Sinne einer Ergänzung hinsichtlich Organisation und Durchführbarkeit des Wegweisungsvollzugs auf konkrete Möglichkeiten hin, um die vom Beschwerdeführer befürchtete Dekompensation zu verhindern. Eine Verletzung der Begründungspflicht ist auch daher nicht zu erkennen, weil es dem Beschwerdeführer möglich war, sich ein Bild über die Tragweite des BFM-Entscheidunges zu machen und diesen sachgerecht anzufechten (BGE 129 I 232 E. 3.2). In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass sich die verfügende Behörde nicht ausdrücklich mit jeder tatbestandlichen Behauptung und jedem rechtlichen Einwand auseinandersetzen muss, sondern sich auf die wesentlichen Gesichtspunkte beschränken darf (BGE 126 I 97 E. 2b). Der Beschwerdeführer rügt in diesem Zusammenhang, die Vorinstanz hätte seine Eingabe vom 19. August 2013 und den entsprechenden (Nennung Beweismittel) zwingend berücksichtigen müssen. Der Vorinstanz waren die medizinische Diagnose und die eingeleiteten Therapiemassnahmen aufgrund der übrigen in den Akten liegenden ärztlichen Zeugnisse bereits hinlänglich bekannt. Aus dem (Nennung Beweismittel) ergeben sich diesbezüglich denn auch keine wesentlich neuen Erkenntnisse, zumal es noch keinen aussergewöhnlichen Umstand darstellt, wenn sich infolge schwieriger Lebensverhältnisse und der unklaren Zukunftsperspektiven bei einem Asylgesuchsteller Symptome von psychischen Erkrankungen verstärken. Das BFM verweist in seinem Wiedererwägungsentscheid vom 24. Oktober 2013 pauschal auf die vorhandenen (Nennung Beweismittel). Es ist somit davon auszugehen, dass ihm im Zeitpunkt dieses Entscheids die früher eingereichten (Nennung Beweismittel) - somit auch der (Nennung Beweismittel) - vorlagen, die sich zum psychischen Gesundheitszustand des Beschwerdeführers äussern. Dass die Vorinstanz nicht jeden einzelnen dieser Berichte würdigte, stellt keine Verletzung der Begründungspflicht dar, da sie sich - wie erwähnt - auf die für den Entscheid wesentlichen Gesichtspunkte beschränken darf. Soweit der Beschwerdeführer anführt, die Vorinstanz habe seine Gesamtsituation nicht gewürdigt, da sie seine medizinischen Probleme in einen Zusammenhang mit den übrigen Elementen der Unzumutbarkeit (Landesabwesenheit, fehlendes Beziehungsnetz) hätte stellen müssen, ist anzumerken, dass

die Vorinstanz bereits in ihrem in Rechtskraft erwachsenen Asylentscheid vom 25. Juli 2012 die Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs prüfte und diesbezüglich die langjährige Landesabwesenheit und das soziale Beziehungsnetz würdigte. Soweit der Beschwerdeführer nun in seinem Wiedererwägungsgesuch vom 21. Dezember 2012 erneut die gleichen Gründe - wenn auch nur am Rande - vorbringt, ohne aber eine andere Sachlage geltend zu machen oder anzuführen, weshalb die vorinstanzliche Argumentation im ordentlichen Asylverfahren nicht mehr zutreffend sein könne, war die Vorinstanz nicht gehalten, sich diesbezüglich im Rahmen der Prüfung der Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs nochmals explizit dazu zu äussern, zumal sie sich als verfügende Behörde - wie bereits erwähnt - nicht ausdrücklich mit jeder tatbeständlichen Behauptung und jedem rechtlichen Einwand des Beschwerdeführers auseinandersetzen muss. Aufgrund dieser Ausführungen ist auch nicht ersichtlich, inwiefern weitere Abklärungen erforderlich sein sollten, zumal der rechtserhebliche Sachverhalt hinreichend erstellt ist.

4.1.4 Bei dieser Sachlage liegt auch keine willkürliche Rechtsanwendung durch die Vorinstanz vor. Für die Annahme von Willkür genügt es nicht, dass eine andere Lösung ebenfalls vertretbar oder gar zutreffender erscheint. Vielmehr muss der betreffende Entscheid offensichtlich unhaltbar sein, so insbesondere wenn er zur tatsächlichen Situation in klarem Widerspruch steht, eine Norm oder einen unumstrittenen Rechtsgrundsatz krass verletzt oder in stossender Weise dem Gerechtigkeitsgedanken zuwiderläuft (Ulrich Häfelin/Georg Müller/Felix Uhlmann, Allgemeines Verwaltungsrecht, 6. Aufl., Zürich/St. Gallen 2010, N. 524 f. mit Hinweisen auf die Praxis des Bundesgerichts).

4.1.5 Zusammenfassend erweisen sich die verschiedenen Rügen der Verletzung des rechtlichen Gehörs als unbegründet. Der Antrag, es sei die angefochtene Verfügung aufzuheben und die Sache zur Feststellung des vollständigen und richtigen rechtserheblichen Sachverhalts und zur Neuurteilung an das BFM zurückzuweisen, ist demzufolge abzuweisen.

4.2 Das Bundesverwaltungsgericht gelangt nach einer Gesamtbeurteilung zum Schluss, dass es dem Beschwerdeführer trotz der auf Beschwerdeebene gemachten Ausführungen und Entgegnungen sowie der im Verfahren eingereichten Beweismittel (Nennung Beweismittel) nicht gelingt, die von der Vorinstanz im angefochtenen Entscheid zu Recht gezogene Schlussfolgerung zu widerlegen, wonach keine Gründe vorliegen, welche die Rechtskraft der Verfügung vom 25. Juli 2012 beseitigen können, zumal weder der gegenwärtige gesundheitliche Zustand des Beschwerdeführers noch eine allfällige Selbstgefährdung einem Wegweisungsvollzug entgegenstehen. Alleine die Tatsache, dass sich aktuell die gesundheitliche Lage des Beschwerdeführers aufgrund seiner schwierigen Lebenssituation und der ungewissen Perspektiven verschlechtert habe und gemäss dem aktuellsten (Nennung Beweismittel) nur dank (Nennung Therapie) die völlige psychische Dekompensation oder der drohende Suizid verhindert werden könne, genügt nicht, um zu einem anderen Schluss zu kommen. Die Vorinstanz müsste nämlich deshalb wiedererwägungsweise zu einem anderen Entscheid gelangen können, weil der Wegweisungsvollzug sich neu als unzulässig oder unzumutbar herausstellen würde. Dies ist indessen - wie nachfolgend dargelegt - vorliegend nicht der Fall.

4.3 Der Gesundheitszustand einer asylsuchenden Person ist sowohl bei der Prüfung der Zulässigkeit als auch derjenigen der Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzuges zu beachten.

4.3.1 Der Vollzug der Wegweisung ist nicht zulässig, wenn völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz einer Weiterreise der Ausländerin oder des Ausländers in den Heimat-, Herkunfts- oder in einen Drittstaat entgegenstehen (Art. 83 Abs. 3 AuG).

4.3.2 Was die in den medizinischen Unterlagen betreffend den Beschwerdeführer diagnostizierte psychische Störung (Nennung Diagnose) und dadurch bedingte stationäre und ambulante

Behandlungen betrifft, so kann gemäss der Praxis des EGMR der Vollzug der Wegweisung eines abgewiesenen Asylsuchenden mit gesundheitlichen Problemen im Einzelfall einen Verstoss gegen Art. 3 EMRK darstellen; hierfür sind jedoch ganz aussergewöhnliche Umstände Voraussetzung. Vorliegend können solche ganz aussergewöhnlichen Umstände ("very exceptional circumstances"), wie sie der des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) in seinem Urteil vom 2. Mai 1997 i.S. D. gegen Vereinigtes Königreich feststellte, wo neben einer kurzen Lebenserwartung aufseiten des an AIDS erkrankten Auszuweisenden erschwerend die Gefahr eines Todes unter extremen physischen und psychischen Leiden hinzukam, hinlänglich ausgeschlossen werden (vgl. zum Ganzen BVGE 2011/9 E. 7.1 S. 117 f., BVGE 2009/2 E. 9.1.3). Im Übrigen verpflichtet Art. 3 EMRK einen Konventionsstaat grundsätzlich nicht dazu, bei einer Konfrontation mit suizidalen Neigungen von einer zu vollziehenden Weg- oder Ausweisung Abstand zu nehmen. Gemäss Praxis des EGMR muss die psychische Erkrankung gravierend sein, um dem Vollzug einer Wegweisung entgegen zu stehen. So ist nach dem EGMR der wegweisende Staat nicht verpflichtet, vom Vollzug der Ausweisung Abstand zu nehmen, falls Ausländer für den Fall des Vollzuges des Wegweisungsentscheides mit Suizid drohen; solange er Massnahmen ergreift, um die Umsetzung der Suiziddrohung zu verhindern, vermag die Ausschaffung nicht gegen Art. 3 EMRK zu verstossen (vgl. den Unzulässigkeitsentscheid des EGMR vom 7. Oktober 2004 i.S. D. und andere gegen Deutschland, Nr. 33743/03, angeführt in EMARK 2005 Nr. 23 E. 5.1 S. 212). Der EGMR anerkennt grundsätzlich auch keinen durch die EMRK geschützten Anspruch auf Verbleib in einem Konventionsstaat, um weiterhin in den Genuss medizinischer Unterstützung zu kommen (vgl. oben erwähntes Urteil vom 2. Mai 1997 i.S. D. gegen Vereinigtes Königreich). Hinsichtlich der Betreuung bei der Ausschaffung kann auf die zutreffenden Ausführungen in der angefochtenen Verfügung verwiesen werden. Allenfalls weiterhin bestehenden oder sich gar akzentuierenden suizidalen Tendenzen ist im Hinblick auf einen zwangsweisen Wegweisungsvollzug durch geeignete medizinische Massnahmen und Betreuung entgegenzuwirken. Eine sorgfältige Vorbereitung der Rückkehr des Beschwerdeführers in den Heimatstaat wird es ihm ermöglichen, die hinsichtlich seiner Gesundheitsprobleme allenfalls weiterhin benötigte ärztliche Versorgung zu organisieren. Der Wegweisungsvollzug ist damit weiterhin als zulässig zu bezeichnen.

4.3.3 Nach dem Gesagten ist der Vollzug der Wegweisung im Sinne der völkerrechtlichen Bestimmungen zulässig. 4.4 Gemäss Art. 83 Abs. 4 AuG kann der Vollzug der Wegweisung insbesondere dann nicht zumutbar sein, wenn die beschwerdeführende Person bei einer Rückkehr in ihren Heimatstaat einer konkreten Gefährdung ausgesetzt wäre. Diese Bestimmung wird vor allem bei Gewaltflüchtlingen angewendet, das heisst bei Ausländerinnen und Ausländern, die mangels persönlicher Verfolgung weder die Voraussetzungen der Flüchtlingseigenschaft noch jene des völkerrechtlichen Non-Refoulement-Prinzips erfüllen, jedoch wegen der Folgen von Krieg, Bürgerkrieg oder einer Situation allgemeiner Gewalt nicht in ihren Heimatstaat zurückkehren können. Im Weiteren findet sie Anwendung auf andere Personen, die nach ihrer Rückkehr ebenfalls einer konkreten Gefahr ausgesetzt wären, weil sie die absolut notwendige medizinische Versorgung nicht erhalten könnten oder - aus objektiver Sicht - wegen der vorherrschenden Verhältnisse mit grosser Wahrscheinlichkeit unwiederbringlich in völlige Armut gestossen würden, dem Hunger und somit einer ernsthaften Verschlechterung ihres Gesundheitszustands, der Invalidität oder sogar dem Tod ausgeliefert wären (vgl. BVGE 2011/24 E. 11.1 mit weiteren Hinweisen). Bei der hier im Vordergrund stehenden

Gefährdungsvariante der medizinischen Notlage nach Art. 83 Abs. 4 AuG ist besonders zu beachten, dass nur dann auf Unzumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs geschlossen werden kann, wenn das Fehlen einer notwendigen medizinischen Behandlung im Heimatland nach der Rückkehr zu einer raschen und lebensgefährdenden Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes der betroffenen Person führen würde. Dabei wird als wesentlich die allgemeine und dringende medizinische Behandlung erachtet, welche zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Existenz absolut notwendig ist. Unzumutbarkeit liegt jedenfalls dann noch nicht vor, wenn im Heimat- oder Herkunftsstaat eine nicht dem schweizerischen Standard entsprechende medizinische Behandlung möglich ist (vgl. BVGE 2011/50 E. 8.3 und BVGE 2009/2 E. 9.3.2).

4.4.1 Hinsichtlich des angeführten und durch verschiedene Arztberichte belegten psychischen Gesundheitszustandes des Beschwerdeführers (vgl. Sachverhalt B.b, B.g, C.a, C.b und C.c), die (Nennung Behandlungen) ausweisen, ist festzustellen, dass die vom Beschwerdeführer benötigte Behandlung - welche im Übrigen in Kurdisch oder Türkisch und damit in ihm geläufigen Sprachen durchgeführt werden kann - aufgrund der in der Türkei vorhandenen medizinischen Versorgungslage gewährleistet ist, auch wenn diese möglicherweise nicht dieselbe Qualität wie in der Schweiz aufweist. Jedenfalls muss der Beschwerdeführer bei einer Rückkehr in seine Heimat angesichts der dort bestehenden medizinischen Strukturen keine drastische und lebensbedrohende Verschlechterung seines Gesundheitszustandes befürchten. Es steht ihm offen, für die Fortsetzung der in der Schweiz begonnenen Behandlung seiner psychischen Leiden medizinische Hilfe in der Türkei in Anspruch zu nehmen. Einer möglichen Verschlechterung seines Gesundheitszustands bei einem zwangsweisen Wegweisungsvollzug kann die Vollzugsbehörde mit angemessener Vorbereitung Rechnung tragen und durch geeignete medizinische Massnahmen und Betreuung entgegenwirken. Weiterhin bestehenden oder sich gar akzentuierenden suizidalen Tendenzen im Hinblick auf einen zwangsweisen Wegweisungsvollzug ist ebenfalls durch geeignete medizinische Massnahmen und Betreuung entgegenzuwirken. Für eine benötigte Weiterbehandlung nach erfolgtem Wegweisungsvollzug ist ferner auf die Möglichkeiten flankierender Massnahmen und individueller medizinischer Rückkehrhilfe, die nicht nur in der Form der Mitgabe von Medikamenten, sondern beispielsweise auch in der Organisation und Übernahme von Kosten für notwendige Therapien bestehen kann, zu verweisen (Art. 93 Abs. 1 Bst. d AsylG, Art. 75 der Asylverordnung 2 vom 11. August 1999 über Finanzierungsfragen [AsylV 2, SR 142.312]). Dass ein unausweichlich bevorstehender Wegweisungsvollzug bei den damit konfrontierten ausländischen Personen zu einer nicht unerheblichen psychischen Belastung führt, ist nachvollziehbar. Dieser Belastung kommt aber im asyl- und ausländerrechtlichen Kontext grundsätzlich keine Bedeutung zu, weil eine geltend gemachte Gefährdung konkrete Formen aufweisen muss, um zur Unzumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs nach Art. 83 Abs. 4 AuG führen zu können. Vorliegend könnte für die Zeit vor und während der Rückreise in den Heimatsstaat einer allfälligen - und gemäss den in den Akten liegenden medizinischen Unterlagen wohl zu erwartenden - zeitweiligen Verschlechterung des psychischen Zustandes des Beschwerdeführers medikamentös und mit einer persönlichen Betreuung begegnet werden. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass der Beschwerdeführer im Rahmen der individuellen Rückkehrhilfe die Möglichkeit hat, zusätzliche medizinische Hilfeleistungen (bspw. Organisation einer medizinischen Behandlung nach der Rückkehr, ärztliche Begleitung während der Heimreise) zu beantragen.

4.4.2 Ferner muss der Beschwerdeführer auch nicht befürchten, in der Türkei in eine existenzielle Notlage zu geraten. Bereits in der in Rechtskraft erwachsenen Verfügung

des BFM vom 25. Juli 2012 wurde darauf hingewiesen, dass er trotz einer längerdauernden Abwesenheit bei einer Rückkehr auf eine gleichwertige Lebens- und Wohnsituation zurückgreifen könne, er in verschiedenen Berufen gearbeitet habe, es ihm zuzumuten sei, wieder eine gleiche oder ähnliche Erwerbstätigkeit aufzunehmen, er in der Türkei über eine ältere, verheiratete Schwester verfüge, er als unverheirateter Mann keine familiären Verpflichtungen habe, zumal er zu seinem in E. \_\_\_\_\_ lebenden Sohn praktisch keinen Kontakt pflege, er noch nicht in einem fortgeschrittenen Alter sei und von einer genügend gefestigten Sozialisation im Heimatland ausgegangen werden könne. Dieser Einschätzung schliesst sich das Bundesverwaltungsgericht vorliegend an, zumal weder aus den Akten noch aus der Rechtsmitteleingabe Hinweise auf eine seither veränderte Sachlage ersichtlich sind respektive geltend gemacht werden. Ergänzend ist anzumerken, dass der Beschwerdeführer eigenen Angaben zufolge über sehr gute (Nennung Sprachkenntnisse) verfügt (vgl. act. B1/9 S. 2), weshalb er in beruflicher Hinsicht allenfalls auch in der Tourismusbranche ein Auskommen finden könnte. Selbst wenn es dem Beschwerdeführer aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich sein sollte, in naher Zukunft eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, ist zu berücksichtigen, dass er den Akten zufolge verschiedene enge Familienangehörige und weitere Verwandte in E. \_\_\_\_\_ hat (vgl. act. B1/9 S. 3), auf deren Hilfe er - zumindest in finanzieller Hinsicht - zählen kann. Zwar dürfte er in seiner Heimat aufgrund seiner über (...)jährigen Abwesenheit mit gewissen Anfangsschwierigkeiten konfrontiert sein. Jedoch ist wie hievor erwähnt, davon auszugehen, dass er mit seiner älteren Schwester und deren Familie auch in der Türkei über ein soziales Beziehungsnetz verfügt, das ihn bei der Reintegration unterstützen dürfte. Somit ist davon auszugehen, dass er in Würdigung sämtlicher Umstände, in Verbindung mit der Möglichkeit des Erhalts einer medizinischen Rückkehrhilfe aus der Schweiz, die Kosten für die Behandlung seiner gesundheitlichen Beschwerden übernehmen kann. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass bloss soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten, von denen die ansässige Bevölkerung im Allgemeinen betroffen ist, nicht genügen, um eine Gefährdung im Sinne von Art. 83 Abs. 4 AuG darzustellen (vgl. BVGE 2010/41 E. 8.3.6 S. 591, BVGE 2008/34 E. 11.2.2 S. 512). 4.4.3 Es steht somit fest, dass - ohne die damit verbundene Beeinträchtigung der Lebensqualität zu verkennen - weder aufgrund der vorliegenden gesundheitlichen Beschwerden des Beschwerdeführers noch dessen wirtschaftlicher Situation auf eine konkrete Gefährdung im Sinne von Art. 83 Abs. 4 AuG geschlossen werden kann.

#### **E. 5**

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Vorinstanz das Wiedererwägungsgesuch des Beschwerdeführers zu Recht abgewiesen hat. Es erübrigt sich bei dieser Sachlage, auf die weiteren Ausführungen in der Rechtsmitteleingabe des Beschwerdeführers näher einzugehen, da sie an dieser Würdigung nichts zu ändern vermögen.

#### **E. 6**

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, dass die angefochtene Verfügung Bundesrecht nicht verletzt, den rechtserheblichen Sachverhalt richtig und vollständig feststellt und angemessen ist (Art. 106 alt Abs. 1 AsylG). Die Beschwerde ist abzuweisen.

#### **E. 7**

Mit dem Entscheid in der Hauptsache erweist sich das Gesuch um Gewährung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde als gegenstandslos.

## **E. 8**

Bei diesem Ausgang des Verfahrens sind die Kosten dem Beschwerdeführer aufzuerlegen (Art. 63 Abs. 1 VwVG) und auf insgesamt Fr. 1'200.- festzusetzen (Art. 1 3 des Reglements vom 21. Februar 2008 über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht [VGKE, SR 173.320.2]). (Dispositiv nächste Seite)

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.